

Ausschuß für Frauenpolitik

Protokoll

26. Sitzung (nicht öffentlich)

27. November 1992

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 12.15 Uhr

Vorsitzende: Abgeordnete Morawietz (SPD)

Stenograph: Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1993
(Haushaltsgesetz)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 11/4200, 4626

**Einzelplan 11 - Ministerium für die Gleichstellung von
Frau und Mann**

Vorlage 11/1537
Zuschriften 11/2007, 11/2143, 11/2144, 2152

1

Der Ausschuß entscheidet über die vorliegenden **Änderungsanträge** zum Einzelplan 11 und zu den frauenpolitisch relevanten Positionen anderer Einzelpläne.

Der Text aller Änderungsanträge, die Antragsbegründungen und die **Abstimmungsergebnisse** sind den Anlagen zu den folgenden, an den Haushalts- und Finanzausschuß gerichteten **Vorlagen** zu entnehmen:

Einzelplan 11: Vorlage 11/1733 (s. auch Drucksache 11/4711)

Einzelplan 02: Vorlage 11/1702 (s. auch Drucksache 11/4702)

Einzelplan 05: Vorlage 11/1711 (s. auch Drucksache 11/4705)

Einzelplan 06: Vorlage 11/1716 (s. auch Drucksache 11/4706)

Einzelplan 07: Vorlage 11/1721 (s. auch Drucksache 11/4707)

Einzelplan 08: Vorlage 11/1725 (s. auch Drucksache 11/4708)

Einzelplan 10: Vorlage 11/1729 (s. auch Drucksache 11/4710)

Einzelplan 14: Vorlage 11/1724 (s. auch Drucksache 11/4714)

In der **Gesamtabstimmung** wird **Einzelplan 11** einschließlich der Beilagen unter Berücksichtigung der soeben beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN **angenommen**.

Berichterstatterin: Abgeordnete Morawietz (SPD)

2 Verfassungsgerichtliches Verfahren

Verfassungsrechtliche Prüfung des § 25 Abs. 5 Satz 2 erster Halbsatz des Landesbeamtengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung des Gesetzes zur Förderung der beruflichen Chancen für Frauen im öffentlichen Dienst vom 31. Oktober 1989 (GVBl. NW S. 567)

2 BvL 71/92

Vorlage 11/1749

5

Nach kurzer Beratung **beschließt** der Ausschuß mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P., zu diesem verfassungsgerichtlichen Verfahren **eine Stellungnahme abzugeben** und über diese in der nächsten Sitzung zu entscheiden.

3 Neuregelung der Wohnungszuweisung bei Mißhandlung

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/4452

Vorlage 11/1699

6

- Bericht von MDgtin Behler (MGFM) 6
- Ergänzung durch MR'in Graf-Schlicker (JM) 10
- Aussprache 10

Ausschuß für Frauenpolitik
26. Sitzung

27.11.1992
ei-mj

Seite

4 Ganztagschulen verbessern und ausbauen

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/1999

Vorlage 11/828

15

Der Ausschuß erörtert kurz seine Ergänzungen zum Fragenkatalog und zum Kreis der Sachverständigen zu der für den 17. März 1993 vorgesehenen Anhörung.

5 Beteiligung an der Frauenmesse "top '93"

16

Die Ausschußmitglieder nehmen Informationen durch die Vorsitzende entgegen und besprechen Einzelfragen zu dem geplanten "Forum".

Berichtigung des Ausschußprotokolls 11/707

17

Aus der Diskussion

Vorab schlägt **Ausschußvorsitzende Morawietz** vor, die heutige **Tagesordnung** zu ergänzen und als **Punkt 2** die Frage zu erörtern, ob zu dem verfassungsgerichtlichen Verfahren betreffend das **Frauenförderungsgesetz** eine Stellungnahme abgegeben werden soll. - Der **Ausschuß** ist einverstanden.

Die **Vorsitzende** teilt weiter mit, daß sie die den Geschäftsbereich des Wohnungsbauministeriums betreffenden, zur Beratung anstehenden Anträge erst für die Tagesordnung der Januar-Sitzung vorgesehen habe, weil Ministerin Brusis heute verhindert sei.

Außerdem weist sie darauf hin, der **Vorsitzende** des Sportausschusses habe mitgeteilt, daß die geplante **Anhörung** zum Thema "**Frauen und Sport**" am 8. Februar 1993 stattfinden solle. Der **Frauenausschuß** müsse heute entscheiden, ob er diese Anhörung als gemeinsame Sitzung mit dem Sportausschuß durchführen oder nur im Wege der nachrichtlichen Einladung beteiligt werden wolle.

Auf Vorschlag der **Abgeordneten Rauterkus (SPD)** beschließt der **Ausschuß**, die Anhörung in gemeinsamer Sitzung mit dem Sportausschuß durchzuführen. - Der Frage der **Abgeordneten Hürten (GRÜNE)**, ob der eingereichte Fragenkatalog den Anzuhörenden zugeleitet worden sei, wird die **Vorsitzende** nachgehen.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1993 (Haushaltsgesetz 1993)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 11/4200 und 11/4626

Einzelplan 11 - Ministerium für die Gleichstellung für Frau und Mann

Vorlage 11/1537

Zuschriften 11/2007, 11/2143, 11/2144 und 11/2152

Die **Vorsitzende** weist vorab auf die Vereinbarung hin, nur über Anträge zum Einzelplan 11 und zu den frauenpolitisch relevanten Positionen anderer Haushalte, die in der Beilage zum Einzelplan 11 aufgeführt seien, abzustimmen. Die Fraktion der GRÜNEN habe darüber hinausgehend einen Antrag zum Einzelplan 02, gegen dessen Hineinnahme sie wegen der Aktualität keine Bedenken habe, und vier Anträge zum Einzelplan 14 vorgelegt. Sie bitte zu entscheiden, ob diesbezüglich eine Ausnahme gemacht werden könne.

Abgeordnete Speth (SPD) plädiert dafür, auch über diese Anträge abzustimmen; denn wer etwas Neues in den Haushalt aufnehmen wolle, müsse zwangsläufig über die vorhandene Systematik hinausgehen. - Aus dem **Ausschuß** werden keine Bedenken geäußert.

Bezüglich der Anträge, die nicht den Einzelplan 11 betreffen, macht **Abgeordnete Witteler-Koch (F.D.P.)** darauf aufmerksam, daß die jeweiligen Fachausschüsse darüber schon entschieden hätten. Sie meine deshalb, daß der Ausschuß für Frauenpolitik eigentlich schon früher über diese Anträge hätte entscheiden müssen, um den Fachausschüssen entsprechende Empfehlungen zu geben.

Im weiteren Verlauf der Beratungen greift **Abgeordnete Hürten (GRÜNE)** diesen Gedanken auf und bittet, für die Haushaltsberatungen des nächsten Jahres die Möglichkeit zu prüfen, daß der Frauenausschuß seine abschließenden Beratungen bereits eine Woche vor der Abstimmungssitzungen der anderen Ausschüsse durchführe, um diesen entsprechende Empfehlungen geben zu können. - **Abgeordnete Speth (SPD)** schließt sich an. - Die **Vorsitzende** wird das beachten.

Der Ausschuß entscheidet sodann über die vorliegenden Änderungsanträge.

Der Text aller Änderungsanträge, die Antragsbegründungen und die Abstimmungsergebnisse sind den Anlagen zu den folgenden, an den Haushalts- und Finanzausschuß gerichteten Vorlagen zu entnehmen:

Einzelplan 11: Vorlage 11/1733 (s. auch Drucksache 11/4711)

Einzelplan 02: Vorlage 11/1702 (s. auch Drucksache 11/4702)

Einzelplan 05: Vorlage 11/1711 (s. auch Drucksache 11/4705)

Einzelplan 06: Vorlage 11/1716 (s. auch Drucksache 11/4706)

Einzelplan 07: Vorlage 11/1721 (s. auch Drucksache 11/4707)

Einzelplan 08: Vorlage 11/1725 (s. auch Drucksache 11/4708)

Einzelplan 10: Vorlage 11/1729 (s. auch Drucksache 11/4710)

Einzelplan 14: Vorlage 11/1724 (s. auch Drucksache 11/4714)

Im folgenden sind nur Diskussionsbeiträge wiedergegeben, die über die Darstellung in den genannten Vorlagen hinausgehen.

Zum Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN, bei Kap. 02 020 Tit. 529 72 - *Zur Verfügung für humanitäre Maßnahmen* - den Ansatz um 1,5 Millionen DM zu erhöhen, teilt **Abgeordnete Hürten (GRÜNE)** mit, in der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses sei von der Landesregierung die Auskunft gegeben worden, daß im Rahmen der Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Flüchtlingen Mittel vorhanden seien, um den von Vergewaltigung betroffenen Frauen im ehemaligen Jugoslawien zu helfen. Der Hauptausschuß habe daraufhin die Empfehlung ausgesprochen, einen entsprechenden Betrag in dem von ihrer Fraktion beantragten Sinn zu verwenden, wenn es gelinge, einen Träger für die Maßnahmen zu finden. Sie würde es begrüßen, wenn der Frauenausschuß auch eine entsprechende Empfehlung beschließe; dem Anliegen ihres Antrags wäre damit Genüge getan.

Ausschuß für Frauenpolitik
26. Sitzung

27.11.1992
ei-mj

Die **Vorsitzende** spricht sich dafür aus, die Staatskanzlei aufzufordern, aus dem erwähnten Ansatz Mittel bereitzustellen, um sofortige und wirkungsvolle Hilfe leisten zu können. - Eine solche Empfehlung würde **Abgeordnete Witteler-Koch (F.D.P.)** unterstützen.

Abgeordnete Gießelmann (SPD) bestätigt, daß der Hauptausschuß gestern einstimmig die Staatskanzlei aufgefordert habe, aus dem erheblich aufgestockten Ansatz für humanitäre Maßnahmen ein solches Projekt zu unterstützen. Auch sie bitte darum, seitens des Frauenausschusses dasselbe zu tun.

Leitender Ministerialrat Kliege (Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann) weist darauf hin, daß die Frauenministerinnenkonferenz, die gestern in Stuttgart getagt habe, sich auch mit den grauenhaften Massenvergewaltigungen im ehemaligen Jugoslawien befaßt und die Bundesregierung einmütig aufgefordert habe, Hilfe zu leisten. Mit einem zweiten Antrag, nämlich dort Frauenhäuser zu errichten, habe sich die Konferenz allerdings schwergetan, weil es in der gegenwärtigen Bürgerkriegssituation sehr schwierig sei, die richtigen Maßnahmen zu ergreifen.

Der **Ausschuß** beschließt einstimmig die vorgeschlagene Empfehlung.

Zu dem Antrag der GRÜNEN, bei Kap. 07 050 Titelgruppe 61, Landesjugendplan - hier: *Förderung von Bildungsmaßnahmen der Mitgliedsverbände des Rings Politischer Jugend* - den Ansatz wieder um 200 000 DM zu erhöhen, spricht sich **Abgeordnete Witteler-Koch (F.D.P.)** dafür aus, sich dem Votum des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie hierzu anzuschließen.

Abgeordnete van Dinther (CDU) unterstützt das und weist darauf hin, daß sich der Beschluß des Jugendausschusses ausdrücklich auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Finanzierung der politischen Jugendbildung beziehe und deutlich mache, daß es in der heutigen Zeit angesichts des Rechtsradikalismus nicht angeraten sei, politische Bildung zu reduzieren.

Dem Votum des Jugendausschusses schließt sich der **Ausschuß** einstimmig an.